

**EntschlieÙung zur Tagung
des Politischen Beratenden Ausschusses
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
in Berlin**

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bringt seine volle Zustimmung mit den Beschlüssen der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum Ausdruck, die am 2. Dezember 1970 in Berlin stattgefunden hat. Das Zentralkomitee billigt die Tätigkeit der von Genossen Walter Ulbricht geleiteten Delegation der Deutschen Demokratischen Republik.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees stimmt mit der vom Politischen Beratenden Ausschuß getroffenen Einschätzung überein, wonach im Kampf zwischen den zwei Linien in der Weltpolitik die von den sozialistischen Ländern unternommenen Anstrengungen wirksam zur Gesundung der Lage auf dem europäischen Kontinent beitragen. Marksteine dieser Entwicklungstendenz sind der Abschluß des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sowie des Grenzvertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD. Mit diesen Verträgen wird eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Festigung des Friedens und zur Herbeiführung der Sicherheit in Europa geschaffen: die uneingeschränkte Anerkennung der territorialen Integrität aller Staaten unseres Kontinents sowie ihrer Grenzen, insbesondere der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD sowie der Oder-NeiÙe-Grenze als Westgrenze Polens. Daher liegt das baldige Inkrafttreten dieser bedeutsamen Verträge im Interesse aller friedliebenden Staaten und Völker. Das Zentralkomitee der SED tritt für die Beschleunigung der Vorbereitungen einer gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit ein.

Mit vollem Recht hat die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses betont, daß die Gewährleistung der internationalen Sicherheit die Herstellung gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen der Staaten zur DDR sowie die Aufnahme der DDR als gleichberechtigtes Mitglied